

I. Ein „Bündnis für Mehr Demokratie“

Für drei Viertel der Südtiroler Bevölkerung ist die Mitbestimmung durch Volksabstimmungen mindestens genauso wichtig wie Wahlen (siehe Erhebung [ASTAT-Info 74 11/2022](#)). Die herrschende Mehrheit im Landtag arbeitet gegen dieses Demokratieverständnis. Deshalb braucht es im neuen Landtag eine Mehrheit, die diesem Willen der WählerInnen Rechnung trägt.

Um die tatsächliche Anwendbarkeit der direktdemokratischen Instrumente zu garantieren, sind dringend Änderungen am geltenden Landesgesetz zur Direkten Demokratie und Partizipation zu beschließen. Die WählerInnen müssen im Vorfeld der Landtagswahlen 2023 wissen, welche Parteien dazu bereit sind und welche nicht. Voraussetzung für diese Gesetzesänderung ist eine Mehrheit von mindestens 18 Sitzen im Landtag.

Zur Rettung des Referendums 2021/2022 war eine parteiübergreifende und so bisher noch nicht erlebte erfolgreiche Zusammenarbeit aller Parteien der politischen Minderheit entstanden. Die meisten von diesen unterstützen schon seit vielen Jahren die Bestrebungen der *Initiative für mehr Demokratie*. Diese Zusammenarbeit muss zu den kommenden Landtagswahlen, zur entscheidenden Kraft werden, damit die Demokratie weiter wachsen kann. Der beste Schutz für die Demokratie ist, sie überzeugt und selbstverständlich auf das ihr immanente Ziel hin weiter zu entwickeln. Dieses Ziel trägt sie in ihrem Namen: die Selbstregierung der BürgerInnen in Wahlen, Abstimmungen und in Formen der Beteiligung.

Mit dem „Bündnis für Mehr Demokratie“

- soll deutlich werden, dass eine Mehrheit für eine vervollständigte Demokratie in Südtirol möglich ist:
 - eine mit der direkten Beteiligung und Entscheidungsmacht der BürgerInnen ausgestattete Demokratie,
 - eine Demokratie der Zusammenarbeit aller Parteien,
 - eine Demokratie der Konkordanz, in der 70-80 % und nicht wie derzeit 35 % der WählerInnen in der Regierung repräsentiert sind;
- soll ein zusätzlicher oder auch ein neuer Anreiz geschaffen werden, (wieder) zur Wahl zu gehen;
- soll es zusätzlich attraktiver werden, eine der Bündnisparteien mit der Garantie zu wählen, dass sich mit einer gewonnenen Wahl ganz Wesentliches und Entscheidendes zum Besseren wenden wird;
- soll deutlich werden, dass die regierenden Parteien in der alles entscheidenden Frage – wie Demokratie gestaltet sein und funktionieren soll –, die große Mehrheit der WählerInnen nicht vertreten;
- soll im Hinblick auf die Wahl die Aufmerksamkeit auf die fundamentale, alles entscheidende Frage gelenkt werden: „Welche Demokratie wollen wir?“
- soll ein gemeinsames Auftreten von möglichst vielen Bündnisparteien deutlich machen, dass sie in den wesentlichen Punkten zusammenarbeiten können. Zusammenarbeit wird von den BürgerInnen geschätzt und dies umso mehr dort, wo es um für sie zentrale Anliegen geht;
- soll ein gemeinsames Auftreten deutlich machen, dass ihnen dieses gemeinsame Ziel so wichtig ist, dass sie dazu den BürgerInnen gegenüber eine Verpflichtung eingehen;
- soll mit all dem eine Mobilisierung der BürgerInnen erreicht werden für eine Landtagsmehrheit aus jenen Parteien, die ihre Macht mit den BürgerInnen teilen und folglich auch eine Politik betreiben wollen, die von ihnen geteilt wird;

Entscheidend wird dazu auch die Botschaft an die WählerInnen sein, dass es nur durch die Zusammenarbeit aller Parteien mit den BürgerInnen gelingen kann, dem sich zusehends verschärfenden Krisenzustand zu begegnen. Nur so wird man imstande sein, alle Potenziale der Gesellschaft zu aktivieren und den für die Allgemeinheit schädlichen Interessen Grenzen zu setzen.

II. Verpflichtung des „Bündnisses für Mehr Demokratie“ gegenüber den WählerInnen

Die Botschaft ist: Es gibt ein gemeinsames Interesse von BürgerInnen und Parteien für mehr Demokratie! Mehr Demokratie bedeutet mehr Möglichkeiten für die BürgerInnen, gemeinsam einen Willen für das Gemeinwohl auszubilden und zur Geltung zu bringen.

Mehr Demokratie ist der Wunsch einer großen Mehrheit der Menschen. Umfragen belegen das weltweit, auch bei uns. Mehr Demokratie ist der allererste Auftrag an die politische Vertretung. Demokratie ist die gemeinsame Grundlage. Gerecht wird man ihr nur mit ihrem weiteren Ausbau. Dennoch wird dieser Auftrag nicht von allen Parteien wahrgenommen.

Um diesem Auftrag das angemessene Gewicht zu geben und um jene Parteien, die ihn wahrnehmen, kenntlich zu machen, bietet sich an, dass diese eine Verpflichtung zur Umsetzung mit den WählerInnen eingehen.

- I. Es ist erstes Interesse gewählter Parteien und ihrer KandidatInnen, im Auftrag der BürgerInnen an guten politischen Entscheidungen für alle zu arbeiten.
- II. Es ist ein großes Interesse der BürgerInnen, dass jene Parteien in der Politik bestimmend sind, die im Geiste von mehr Demokratie arbeiten und sich dazu für die Verwirklichung von Formen von mehr Demokratie einsetzen. Damit BürgerInnen das Ihre dazu beitragen können, müssen sie wissen, wer sich tatsächlich für mehr Demokratie einsetzt und bereit ist, eine Verpflichtung dafür einzugehen.

Aus diesem Grund entsteht dieses „Bündnis für Mehr Demokratie“. Es ist genauso einmalig wie der Zeitpunkt. Dieses Bündnis entsteht unter dem Eindruck, dass die kommende Legislatur die letzte und entscheidende sein wird, um die derzeit akuten Krisen, allen voran die Klimakrise, zu bewältigen und damit auch die Demokratie zu retten. Denn je größer die Notlage wird, desto weniger Demokratie wird möglich sein. Die Gefahr, in autoritäre Formen der Machtausübung abzudriften, wächst.

- Die sich im „Bündnis für Mehr Demokratie“ zusammenschließenden Parteien
 - beschließen und verpflichten sich gegenseitig und gegenüber der Wählerschaft, die von Art. 47 des Autonomiestatutes vorgesehenen und mit Landesgesetz 18/2022 geregelten direktdemokratischen Instrumente sowie das partizipative Verfahren (Bürgerrat) mit einer Änderung der gesetzlichen Regelung gut und wirksam nutzbar zu machen.
 - Zu diesem Zweck werden die vorliegenden Vorschläge zu den dazu notwendigen Abänderungen des LG 22/2028 zu Beginn der XXVII Legislatur im Landtag eingebracht und ohne Abstriche und schwächende Kompromisse in der Behandlung von den Parteien des Bündnisses beschlossen. Die mindestnotwendigen Elemente sind in den von der *Initiative für mehr Demokratie* zur Verfügung gestellten zwei Gesetzentwürfen der Volksbegehren von 2022 enthalten.
- Um im Landtag die zur Verabschiedung dieser Änderungen nötige absolute Mehrheit von 18 Stimmen zu erreichen
 - werden die *Initiative für mehr Demokratie* und andere dafür zu gewinnende Vereine und Verbände das Parteienbündnis und seine Zielsetzung mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln bekannt machen und die Wahl einer der Bündnisparteien empfehlen.
 - Die geeigneten Werbemittel (Plakate, Erinnerungskärtchen, Werbung in den sozialen Medien, öffentliche Veranstaltungen ...) werden in Absprache mit den Parteien des Bündnisses beschlossen. Wenn sie sich an den damit verbundenen Kosten beteiligen, wird die Bewerbung umso intensiver sein.
- Den Parteien des Bündnisses wird die Verwendung eines Siegels angeboten, mit dem die Bündnisparteien ihre Beteiligung am Bündnis sichtbar machen können und die *Initiative für*

Vorhaben garantiert und ebenfalls die eingegangene Verpflichtung sichtbar macht.

- Die Parteien des Bündnisses verpflichten sich, den Gegenstand des Bündnisses in ihr Wahlprogramm aufzunehmen, selbst sichtbar zu machen und zu bewerben.
- Eine mögliche Beteiligung von Parteien des Bündnisses an der Regierungskoalition entbindet nicht von der eingegangenen Verpflichtung, sondern soll vielmehr garantieren, dass die direktdemokratischen Instrumente und partizipativen Verfahren anwendbar gemacht werden. Somit muss diese Verpflichtung gegebenenfalls Gegenstand des Koalitionsprogramms sein.
- Die *Initiative für mehr Demokratie* garantiert, dass die von ihr dem Bündnis vorgeschlagene Neuregelung der Mitbestimmungsrechte in jeder Hinsicht ausreichend und geeignet ist, diese endlich gut und wirksam anwendbar zu machen.

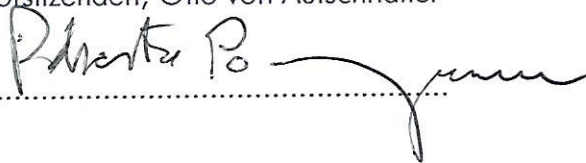
Bozen, 6. Juni 2023

Vereinbarung gezeichnet im Namen

der *Initiative für mehr Demokratie*

vom Vorsitzenden, Otto von Aufschnaiter

i.A.

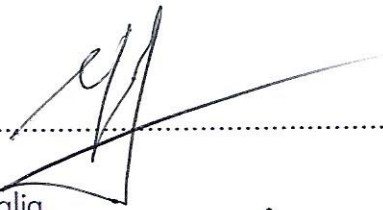


Vereinbarung gezeichnet im Namen von

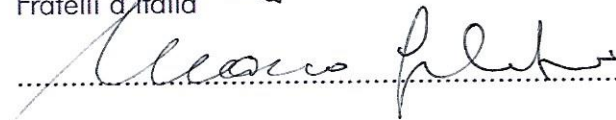
Die Freiheitlichen



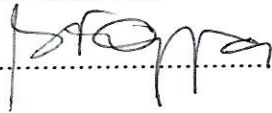
Enzian



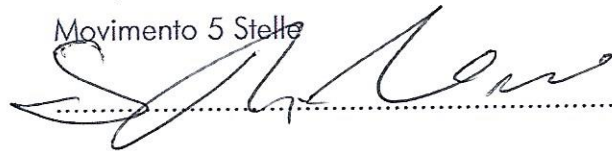
Fratelli d'Italia



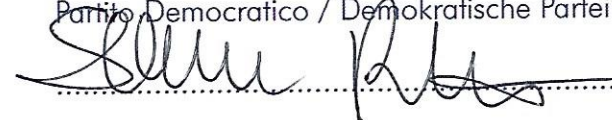
Grüne Verdi Vërc



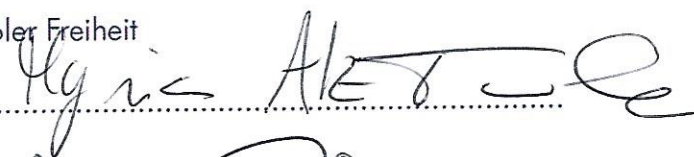
Movimento 5 Stelle



Partito Democratico / Demokratische Partei



Südtiroler Freiheit



Team K

